Antragsteller

     ,

Ort, Datum)

Landesamt für Bauen und Verkehr

Dezernat 22

Lindenallee 51

15366 Hoppegarten

|  |
| --- |
| Antragsnummer: (von Bewilligungsbehörde auszufüllen) |

**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung**

auf der Grundlage der Richtlinie des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg zur Förderung von Investitionen der Schienengüterinfrastruktur (Rili SGV-Invest) vom 10.09.2019

**für die Maßnahme**

1. **Antragsteller**

|  |  |
| --- | --- |
| Name / Bezeichnung |            |
| Anschrift |            |
| Auskunft erteilt |       |
| Telefonnummer: |       |
| E-Mail |       |
| Fax-Nummer |       |
| BankverbindungIBANBIC |            |

1. **Maßnahme** (Zutreffendes bitte ankreuzen, mehrere Kreuze sind möglich)

|  |  |
| --- | --- |
| Territoriale Zuordnung | Landkreis:      Streckengleis:Ort (Bahnhof):       |
| Gegenstand der Förderung | [ ]  SGV-Infrastrukturinvestitionen gemäß Nr. 2.1 Rili SGV-Invest[ ]  Kofinanzierung der Maßnahmen nach SGFFG gemäß Nr. 2.1 a) Rili SGV-Invest[ ]  Erschließung u. Anbindung logistischer Knoten gemäß Nr. 2.1 b) Rili SGV-Invest[ ]  Verbesserung von Eisenbahninfrastruktur gemäß Nr. 2.1 c) Rili SGV-Invest[ ]  Neubau u. Ersatz bestehender Infrastruktur gemäß Nr. 2.1 d) Rili SGV-Invest[ ]  Konzepte/Machbarkeitsstudien gemäß Nr. 2.2 Rili SGV-Invest[ ]  Planungsleistungen zur Vorbereitung von Investitionsentscheidungen |
| Durchführungszeitraum(Monat und Jahr) | von       bis       |

1. **Gesamtkosten** (Zutreffendes bitte ankreuzen, mehrere Kreuze sind möglich)

**3.1** [ ]  Kosten für investive Baumaßnahmen gemäß Nr. 2.1 a),b),c) und d) Rili SGV-Invest

 [ ]  Neubau [ ]  -Erweiterung [ ]  Ersatz

[ ]  Planungskosten gemäß Nr. 2.2 Rili SGV-Invest

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
|  |  | Angaben in EUR |
|  |  | 20   | 20   | 20   | Summe |
|  | Laut beiliegender Kostenschätzung |       |       |       |       |
|  | davon zuwendungsfähige Ausgaben |  |  |  |  |
|  | * für Bauleistungen
 |       |       |       |       |
|  | * für Grunderwerb einschließlich Nebenkosten
 |       |       |       |       |
|  | Eigenanteil |       |       |       |       |
|  | Leistungen Dritter(ohne öffentliche Förderung) |       |       |       |       |
|  | Beantragte/bewilligte öffentliche Förderung (ohne 3.1.5) |       |       |       |       |
|  | Beantragte Zuwendungen |  |  |  |  |
|  | * für Bauleistungen und Grunderwerb
 |  |  |  |  |
|  | Fördersatz      % |       |       |       |       |
|  | * für Planungsleistungen
 |  |  |  |  |
|  | Pauschale\*      % |       |       |       |       |

\* Die Planungskostenpauschale bezieht sich auf die zuwendungsfähigen Ausgaben für Bauleistungen.

**3.2 [ ]**  Planungskosten gemäß Nr. 2.2 Rili SGV-Invest

|  |  |
| --- | --- |
|  | Angaben in EUR |
| Laut beiliegender Kostenschätzung bzw. Kostengliederung für Planungsleistungen gemäß HOAI  |       |
| davon zuwendungsfähige Ausgaben |       |
| Fördersatz       % / Beantragte Zuwendung |       |

1. **Maßnahme** (Zutreffendes bitte ankreuzen, mehrere Kreuze sind möglich)

|  |
| --- |
| Die Maßnahme |
| 4.1 | [ ]  | schafft eine bessere Erschließung und Anbindung der logistischen Knoten |
| 4.2 | [ ]  | beseitigt Engpässe und verbessert die Eisenbahninfrastruktur zur Stärkung des intermodalen Gütertransports |
| 4.3 | [ ]  | dient dazu, die geförderte Infrastruktur zu offenen, transparenten und diskriminierungsfreien Bedingungen zur Verfügung zu stellen. |
| 4.4 | [ ]  | widerspricht nicht den Belangen anderer Zuwendungsgeber sowie der Stadtentwicklung, des Umwelt-, Natur- und Denkmalschutzes |
| 4.5 | [ ]  | steht im zeitlichen Zusammenhang mit folgenden Baumaßnahmen: |
| 4.6 | [ ]  | ist noch nicht zur Förderung beantragt worden |
| 4.7 | [ ]  | Die erforderliche Komplementärfinanzierung wird abgesichert. |

1. **Begründung**

|  |  |
| --- | --- |
| 5.1 | Begründung zur Notwendigkeit der Maßnahme(u.a. Raumbedarf, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen)[ ]  Die Begründung ist separat als Anlage beigefügt.      |

|  |  |
| --- | --- |
| 5.2 | Begründung zur Notwendigkeit der Förderung und Finanzierung (u.a. Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)[ ]  Die Begründung ist separat als Anlage beigefügt.      |

1. **Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen**

|  |
| --- |
| Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, Tragbarkeit der Folgelasten für den Antragsteller, Finanzlage des Antragstellers usw.[ ]  Die Aussagen zu den finanz- und haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen sind separat als Anlage beigefügt.      |

1. Mit dieser Maßnahme werden Einnahmen erzielt: [ ]  ja [ ]  nein

2. Bei der beantragten Maßnahme handelt es sich um ein Einnahmen schaffendes Projekt im Sinne von Artikel 55 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 in der jeweils geltenden Fassung.[[1]](#footnote-1)\*

[ ]  ja [ ]  nein

Wenn ja und Gesamtausgaben der Maßnahme 1 Mio. EUR überschreiten, sind die erwarteten Einnahmen des Projektes zu schätzen und mit Antragstellung anhand der **Anlage Einnahme schaffende Projekte im Sinne von Art. 55 VO (EG) Nr. 1083/2006** mitzuteilen. Die der Schätzung zugrundeliegenden Annahmen sind zu erläutern und ggf. durch ergänzende Unterlagen zu unterlegen.

1. **Erklärungen**
2. Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben und der beigefügten Unterlagen und das alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen angegeben wurden.
3. Ich erkläre, dass mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides ohne vorherige Zustimmung der Bewilligungsbehörde nicht begonnen wird. Als Maßnahmebeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten. Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Baugrunduntersuchung, Grunderwerb und Herrichten des Grundstücks (z. B. Gebäudeabbruch, Planieren) nicht als Maßnahmebeginn, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Zuwendung.
4. Ich erkläre, dass wir zum Vorsteuerabzug (Zutreffendes bitte ankreuzen)

[ ]  nicht berechtigt sind.

[ ]  berechtigt sind und dies bei den Ausgaben berücksichtigt haben (Preise ohne Umsatzsteuer).

1. Ich versichere, dass unter Berücksichtigung der beantragten Landeszuweisung die Gesamtfinanzierung der Maßnahme gesichert ist.
2. Ich versichere, dass die Fördermittel ausschließlich zur Finanzierung der beschriebenen Maßnahme verwendet werden.
3. Ich erkläre, dass die Finanzierung der Folgekosten gesichert ist.
4. Ich versichere, dass die Maßnahme mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung vereinbar ist und entsprechende Unterlagen dem Antrag beigefügt sind.
5. Ich versichere, dass die Belange des Umwelt- und Naturschutzes berücksichtigt werden und entsprechende Unterlagen dem Antrag beigefügt sind (z. B. wasserrechtliche Genehmigung, emissions- bzw. immissionsrechtliche Genehmigung).
6. Mir ist bekannt, dass subventionserhebliche Tatsachen auch solche sind, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).
7. Mir ist bekannt, dass die Zuwendung des Landes Brandenburg eine Subvention darstellt und die vorstehenden Angaben sowie
* die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P)
* die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gemeinden (ANBest-G)
* die Baufachlichen Nebenbestimmungen (NBest-Bau)
* die Richtlinie des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg zur Förderung von Investitionen der Schienengüterinfrastruktur (Rili SGV-Invest)

 subventionserhebliche Tatsachen in folgendem Sinne sind

* § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) in Verbindung mit
* § 2 des Subventionsgesetzes des Bundes vom 29. Juli 1976 (SubvG, BGBl. I S. 2034, 2037)
* § 1 des Brandenburgischen Subventionsgesetzes vom 11. November 1996 (GVBl. I S. 306)
1. Mir ist bekannt, dass den Subventionsnehmer eine sich auf alle subventionserheblichen Tatsachen erstreckende Offenbarungspflicht nach § 264 StGB trifft und Subventionsbetrug nach § 264 StGB strafbar ist.
2. Mir ist bekannt, dass bei der Durchführung der Maßnahme
* die einschlägigen Vorschriften des Vergaberechts gemäß Nr. 3 ANBest-P/ANBest-G sowohl für bereits vor Antragstellung vergebene Aufträge, bei denen die Bedingungen von Nr. 1.3.2, Satz 2 des § 44 der Verwal-tungsvorschriften zu den §§23 und 44 der Landeshaushaltsordnung (VV-LHO) erfüllt sind, als auch für zukünftige Aufträge einzuhalten sind.
* die Gewährung einer öffentlichen Zuwendung gemäß Landeshaushaltsordnung (LHO) Brandenburg unter der Maßgabe des wirtschaftlichen und sparsamen Mitteleinsatzes erfolgt.
* Aufträge nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen zu vergeben sind.
1. Mir ist bekannt, dass unabhängig von der Zuwendungshöhe öffentliche Auftraggeber im Sinne von § 98 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) abweichend von Nr. 3 ANBest-P/ANBest-G zur Einhaltung des Vergaberechts verpflichtet sind.
2. Mir ist bekannt, dass Verstöße gegen das Vergaberecht eine Kürzung der Zuwendung zur Folge haben kann.
3. Ich werde dafür sorgen, dass die Personen, die vom Antragsteller mit der Vorbereitung und Durchführung des Projektes und/oder mit der Auftragsvergabe über die finanzierten Lieferungen und Leistungen betraut sind, im Zusammenhang mit diesen Aufgaben keine rechtswidrigen Zahlungen oder sonstigen Vorteile verlangen, annehmen, leisten, gewähren, versprechen oder sich versprechen lassen. (Antikorruptionsklausel)
4. Ich bin damit einverstanden, dass aus dem Antrag ersichtliche Daten von den zuständigen Behörden auf Datenträger gespeichert und in anonymer Form für Zwecke der Statistik und der Erfolgskontrolle verwendet werden.
5. **Anlagen**

**Dem Antrag sind gemäß Nr. 2.1 Rili SGV-Invest folgende Unterlagen beigefügt**

(Zutreffendes bitte ankreuzen):

1. [ ]  Änderung gegenüber der Anmeldung einschließlich Erläuterung und Begründung
2. [ ]  Prüffähige Projektunterlagen, Entwurfsplanung nach Leistungsphase 3 HOAI

Beschreibung der Maßnahme mit

[ ]  ausführlicher Darlegung der angestrebten verkehrlichen Bedeutung

[ ]  Angaben über die Situation der derzeit vorhandenen sowie geplanten Verkehrsanlagen und deren Kapazität

[ ]  Nutzungskonzept für Anlagen für den Güterumschlag und für Gebäude

[ ]  Begründung der gewählten technischen Maßnahmen

 [ ]  Angaben über die maßgeblichen Parameter der Eisenbahninfrastruktur (Streckenklasse, Streckengeschwindigkeit, Leistungsfähigkeit der Anlagen des Kombinierten Verkehrs), die erreicht werden sollen.

Technischer Erläuterungsbericht mit

[ ]  Darstellung der funktionellen Anforderungen

[ ]  genauer Beschreibung der Baumaßnahme und Bauausführung

[ ]  Beschaffenheit des Baugrundes

Übersichtsplan auf Grundlage einer topografischen Karte und zeichnerische Darstellung des Entwurfs mit

[ ]  Lageplan, Längsschnitte, Regelquerschnitte 1:100/50

[ ]  Sonderplan 1:100 (Grundriss, Längsschnitt, Querschnitt)

[ ]  Plan zur Darstellung besonderer Bauwerke

[ ]  Detailzeichnungen, wenn besondere Anforderungen erforderlich sind oder im Sicherheitsbereich an Arbeitsplätzen

[ ]  Eigentumsnachweis bei investiven Maßnahmen durch Grundbuchauszug, Kaufvertrag oder Nachweis des uneingeschränkten Verfügungsrechts (Auszug aus Flurkarte mit farbiger Hinterlegung der von der Maßnahme betroffenen Flächen) oder Pachtvertrag

1. Bestätigung des Kaufpreises für Grundstück durch

[ ]  Gutachterausschuss der Kommune nach Wertermittlungsrichtlinie oder

[ ]  Bodenrichtwert (siehe Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg)

1. [ ]  Berechnung der Ausgaben mit einer Gliederung entsprechend der DIN 276
2. [ ]  Berechnungen über geplante Mengen (z.B. Längen von Verkehrswegen, Flächen, Rauminhalten), bei Hochbauten nach DIN 277
3. [ ]  Bauzeitenplan
4. [ ]  Finanzierungsplan (Finanzierungsmodell und Nachweis der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit)
5. Angaben über die Vorbereitung der Maßnahme insbesondere über

[ ]  den Stand des Grunderwerbs

[ ]  die planungsrechtlichen Voraussetzungen (z.B. Bauleitplanung, Planfeststellung)

[ ]  die weiteren erforderlichen Genehmigungen (z.B. Eisenbahnaufsicht)

[ ]  die Beteiligungsbereitschaft Dritter

1. [ ]  Angaben zum vorgesehenen Vergabeverfahren
2. [ ]  Wirtschaftlichkeits- und Folgekostenberechnung in besonders begründeten Fällen
3. [ ]  bei baufachlicher Prüfung ggf. weitere Unterlagen gemäß Informationsblatt des Brandenburgischen Landesbetriebes für Liegenschaften und Bauen
4. [ ]  Anlage „Einnahmen schaffende Projekte“ mit Schätzung der im Rahmen der Maßnahme erwarteten Nettoeinnahmen

**Dem Antrag sind gemäß Nr. 2.2 Rili SGV-Invest folgende Unterlagen beigefügt**:

[ ]  Ausführliche und konkrete Beschreibung und erforderliche Stellungnahmen für die zu fördernde Planungsleistung (z. B. Untere Denkmal- oder Umweltschutzbehörde)

[ ]  Anlage "Einnahmen schaffende Projekte" mit Schätzung der im Rahmen der Maßnahme erwarteten Nettoeinnahmen

Hinweise: Wenn Unterlagen nicht vorgelegt werden können, ist dies schriftlich zu begründen.

Die Antrags- und die Bewilligungsbehörde kann weitere Unterlagen nachfordern, soweit dies für die Beurteilung der Maßnahme notwendig ist.

Das LBV kann weitere Unterlagen nachfordern, soweit dies für die Beurteilung der Maßnahme notwendig ist.

     ,

Ort, Datum Stempel / Siegel rechtsverbindliche Unterschrift

 ----------------------------------------------

 Unterschrift in Druckbuchstaben

1. \* Nach Artikel 55 der VO (EG) Nr. 1083/2006 sind Einnahmen schaffende Projekte im Sinne der Verordnung

 Vorhaben, die Investitionen in Infrastrukturen betreffen, für deren Nutzung direkte Abgaben erhoben werden,

 Vorhaben, die den Verkauf oder die Verpachtung bzw. Vermietung von Grundstücken oder Gebäuden gegen Entgelt betreffen

 sowie andere Vorhaben, die jede andere Erbringung von Dienstleistungen gegen Entgelt betreffen.

Nicht betroffen sind Vorhaben, die den Regeln für staatliche Beihilfen im Sinne von Artikel 107 des AEUV unterliegen. [↑](#footnote-ref-1)